



Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Diana Stachowitz, Inge Aures, Doris Rauscher, Angelika Weikert, Ruth Waldmann SPD**

Soziales Europa III Richtlinie sozialer Mindeststandards in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass vorbereitende Maßnahmen getroffen werden, um die nach Abschluss des Konsultationsverfahrens 2017 in einem konsolidierten Papier zusammengefassten Grundsätze der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ nicht nur als unverbindliche Willensbekundung für die EU-Staaten zu beschließen, sondern sie in Form einer für alle Mitgliedstaaten verbindlichen „Richtlinie sozialer Mindeststandards in Europa“ zu verabschieden, die anschließend in nationales Recht überführt werden muss.

Begründung:

Derzeit soll die „Europäische Säule sozialer Rechte“ ausdrücklich nicht bestehendes europäisches und nationales Recht ersetzen, d.h. die „Europäische Säule sozialer Rechte“ wird keinen Rechtscharakter haben. Um den darin enthaltenen Grundsätzen und Forderungen Nachdruck zu verleihen, wäre eine Umsetzungsverpflichtung zielführender. Die Richtlinie könnte wiederum als erster Baustein zu einem europäischen Sozialrecht führen, das soziale Rechte, Mindeststandards und vergleichbare Sozialleistungen in allen Mitgliedstaaten sichert.